

# UNTERNEHMEN & MENSCHENRECHTE

Der Mord an dem Journalisten  
Jamal Khashoggi zeigt kaum Folgen



Boykott or not: Wie sollen Unternehmen mit Ländern wie Saudi-Arabien umgehen?



*Vor etwas über einem Jahr, am 2. Oktober 2018, kam der Journalist Jamal Khashoggi in der saudi-arabischen Botschaft in Istanbul ums Leben. Viel sprach dafür, dass der regimekritische Journalist von einem saudischen Killerteam ermordet wurde. Diese Vermutung wurde inzwischen durch einen unabhängigen UN-Bericht erhärtet.* Text: Markus Scholz

**Z**ahlreiche Unternehmenslenker verurteilten damals den gezielten Mord an dem Journalisten Jamal Khashoggi. Viele Manager, wie etwa der Siemens-CEO Joe Kaeser oder Richard Branson, Gründer der Virgin Group, taten dies öffentlich. Unternehmen, die ihre Kritik an dem Mord und den damit verbundenen eklatanten Menschenrechtsverletzungen besonders deutlich zeigen wollten, blieben demonstrativ einem kurz nach dem Mord stattfindenden Wirtschaftsgipfel in Saudi-Arabien fern, der unter dem Namen Future Investment Initiative stattfand und auch als Davos in the Desert bekannt ist. Darunter waren prominente Firmen wie Mastercard und BlackRock. Auch Siemens sagte damals seine Teilnahme an dem Gipfel nach einigem Zögern ab. Joe Kaeser veröffentlichte seine Gründe dafür über die Internetplattform LinkedIn und erhielt für sein quasi politisches Engagement viel Zuspruch – und ebenso viel Kritik. Die Ermordung Jamal Khashoggis jährte sich Anfang Oktober zum ersten Mal.

Ebenso jährte sich am 29. Oktober der saudische Wirtschaftsgipfel, der damals von Unternehmen boykottiert wurde. Eine gute Gelegenheit, zu überprüfen, wie stark das Bekenntnis von Unternehmen zu Menschenrechten tatsächlich ist.

#### Boykott schwächt

Ein Jahr nach Khashoggis Ermordung hat kaum eines der Unternehmen, die den Wirtschaftsgipfel im Vorjahr boykottierten, seine Wirtschaftsbeziehungen zu Saudi-Arabien gekappt. Manche Unternehmen, wie beispielsweise die Beratungsfirmen PWC, McKinsey, EY, Boston Consulting Group und Deloitte blieben dem Wirtschaftsgipfel im Vorjahr auch inmitten der öffentlichen Debatte als „Knowledge Partners“ treu. Zahlreiche Unternehmen, die dem saudischen Wirtschaftsgipfel im Vorjahr öffentlichkeitswirksam fernblieben, nahmen am diesjährigen Gipfel teil, obwohl das saudische Regime im vergangenen Jahr keine maßgeblichen Menschenrechtsreformen um-

gesetzt hat. Zu den diesjährigen Teilnehmern des Wirtschaftsgipfels in Riad zählen u.a. JPMorgan Chase, Goldman Sachs, Citigroup und BlackRock. BlackRock-CEO Larry Fink rechtfertigte die Fortführung der Wirtschaftsbeziehungen zu Saudi-Arabien damit, dass er glaube, das Engagement globaler Unternehmen in Saudi-Arabien könne dem Land dabei helfen, eine modernere und nachhaltigere Volkswirtschaft aufzubauen. Dieses ambivalente Verhältnis der Unternehmen zu ihrem Bekenntnis, sich nicht zu Komplizen mit Menschenrechtsverletzungen machen zu wollen, ist ernüchternd. Einerseits schmücken sich Unternehmen häufig mit den Begriffen Verantwortung und Nachhaltigkeit und veröffentlichen gern blumige Statements. Siemens und andere Unternehmen bekennen sich auf ihren Websites öffentlichkeitswirksam zu den UN-Menschenrechten und erwarten dieses Bekenntnis auch von Mitarbeitern, Lieferanten und Geschäftspartnern weltweit.

© Andrey Markelov - stock.adobe.com

# Nachhaltig. Langfristig. Individuell.



Informieren Sie sich über unsere Fonds!

## Verantwortungsbewusst in die Zukunft investieren

Als einer der größten nordischen Asset Manager bieten wir nachhaltige und langfristige Investmentlösungen für die Herausforderungen unserer Zeit. Um verantwortungsvoll zu investieren haben wir strikte Anlagerichtlinien implementiert und setzen diese aktiv um. Jedes Investment erfüllt strenge SRI- und ESG-Kriterien.

Investoren profitieren von bestehenden Fonds und nachhaltigen Anlagekonzepten und das schon seit mehr als 30 Jahren.

#### Investmentlösungen

- Nordische Investments Anleihen und Aktien
- Sektoren- und Themenanlagestrategien
- Marktneutrale Strategien

**DNB ASSET MANAGEMENT**  
NATÜRLICH. NORWEGISCH.



DNB Asset Management S.A. · 13, rue Goethe, L-1637 Luxembourg · Tel.: +352 45 49 45 1 · funds@dnb.no · www.dnb.no/lu/de

Anlagen in Investmentfonds beinhalten stets ein finanzielles Risiko. Vergangene Erträge sind keine Garantie für künftige Erträge. Der Wert von Anlagen in Fonds kann steigen oder fallen und es kann nicht garantiert werden, dass ein Anleger den angelegten Betrag vollständig zurück erhält. Weitere Angaben sind kostenlos im Fondsprospekt, im Verwaltungsreglement und in den wesentlichen Anlegerinformationen sowie in den Jahres- und Halbjahresberichten zu finden, die unter [www.dnb.no/lu](http://www.dnb.no/lu) verfügbar oder bei DNB Asset Management S.A., 13, rue Goethe, L-2520 Luxembourg, bei der Informationsstelle in Deutschland (DNB Bank ASA Filiale Deutschland, Neuer Wall 72, 20354 Hamburg) und bei der Vertretung in der Schweiz (CACEIS Switzerland S.A., route de Signy 35, CH-1260 Nyon) erhältlich sind. Die Zahlstelle in der Schweiz ist Crédit Agricole Suisse S.A., 4 Quai Général Guisan, 1204 Genf. Fondsanteile dürfen in den Vereinigten Staaten nicht angeboten, verkauft oder überstellt werden. DNB Asset Management S.A. ist ein Unternehmen der DNB Gruppe, eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister Luxemburg unter der Nummer B 34 518.

Andererseits operieren diese Unternehmen anscheinend weiterhin ungerührt in einem Land, das regimiekritische Journalisten einfach ermorden lässt. Diese Bestandsaufnahme ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die hinter Begriffen wie Corporate (Social) Responsibility, Corporate Citizenship, Sustainability und Purpose sowieso nur leere Marketingrhetorik vermuten. Heucheln Unternehmen also nur Verantwortung, wenn sie sich einerseits zu ehren Zielen bekennen, aber gleichzeitig weiterhin in Ländern aktiv sind, in denen Menschenrechte massiv verletzt werden?

Unternehmen tragen eine Verantwortung gegenüber diversen Stakeholdern: gegenüber Shareholdern, Mitarbeitern, Lieferanten, aber nicht zuletzt auch gegenüber der Gesellschaft per se. Das Dogma des Nobelpreisträgers Milton Friedman, der meinte, „the only social responsibility of business is to increase its profits“, hat jedenfalls erheblich an Strahlkraft einge-



#### Der Autor

FH-Prof. Dr. Markus Scholz leitet das Center for Corporate Governance & Business Ethics und das Center for Strategy & Competitiveness an der FH Wien der WKW. Außerdem ist er Visiting Fellow und Adjunct Professor am INSEAD Social Innovation Centre. Dieser Artikel ist ein Follow-up zu seinen Beiträgen aus den letzten Jahren zum gleichen Thema, die in der Zeitschrift Der Spiegel und der MIT Sloan Management Review erschienen sind.

büßt. Die Gesellschaft hat ein Interesse daran, dass Menschenrechte nicht durch bewusstes Wegschauen erodieren. Wenn Regierungen machtlos sind oder zu langsam reagieren, müssen sich Unternehmen als Corporate Citizens gegen Menschenrechtsverletzungen einsetzen, wenn diese mit ihrer operativen Tätigkeit verbunden sind und das Unternehmen Einfluss auf die Menschenrechtsverletzer nehmen kann. Gleichzeitig müssen Unternehmen natürlich Profite erwirtschaften, um nachhaltig zu bestehen – nicht zuletzt, da sie eine Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern haben. Ein kompletter Abbruch aller Verbindungen zu Saudi-Arabien ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht schwer vermittelbar. Aber selbst wenn die betriebswirtschaftliche Dimension ausgeblendet werden könnte, spricht vieles gegen einen kompromisslosen Rückzug der Unternehmen aus Saudi-Arabien. Erstens würde ein kompletter Rückzug Unternehmen den Hebel nehmen, reformwillige und menschenrechtsachtende Kräfte zu unterstützen. Zweitens würden Unternehmen der saudischen Bevölkerung wichtige Produkte, wie z. B. IT-Services, Wasseraufbereitungsanlagen, Lebensmitteltechnologie oder nachhaltige Mobilitätstechnologie, vorenthalten. Drittens operieren Akteure auf dem Markt, welche die Lücke, die westliche Unternehmen bei ihrem Rückzug hinterließen, schnell füllen würden. Und dies vermutlich mit weniger Skrupel hinsichtlich sozialer und ökologischer Verantwortung und Nachhaltigkeit. Viertens müssten Unternehmen die gleichen Standards, welche sie in Saudi-Arabien anwenden, auch anderswo, etwa in Katar oder in China, geltend machen.

#### Arsenal von Werkzeugen

Diese Einwände können Unternehmen allerdings nicht exkulpieren: Wer Geschäfte in Saudi-Arabien macht, kann den dort immer wieder vorkommenden Menschenrechtsverletzungen nicht tatenlos zusehen. Wenn Unternehmen dies doch tun, machen sie sich zu Komplizen mit Menschenrechtsverletzungen. Glücklicherweise steht Unternehmen ein Arsenal von Werkzeugen zur Verfügung, mit denen sie ihrer Verantwortung auch

ohne einen radikalen Bruch gerecht werden können. Um Menschenrechte zu schützen, können Unternehmen zwischen direkten und indirekten Taktiken wählen. Indirekt können Unternehmen Menschenrechte schützen, wenn sie sich öffentlich zu Prinzipien wie dem „Global Compact“ der UN bekennen. Gemeinsam mit anderen Unternehmen können sie außerdem Allianzen für Menschenrechte bilden. Ein Level Playing Field, also ein Marktumfeld, in dem kein Teilnehmer benachteiligt ist, entsteht für Unternehmen dann, wenn sich möglichst viele Unternehmen für Menschenrechte aussprechen.

Unternehmen können direkt agieren, indem sie die Menschenrechtsverletzungen auch weiterhin öffentlich anklagen, sie können Druck auf die heimische Politik ausüben, sich stärker zu engagieren, sie können gezielte Analysen und Berichte anfertigen, um aufzuklären, und sie können mittels finanzieller oder ideeller (z. B. mittels Studien und Analysen) Hilfe menschenrechtsunterstützenden Institutionen fördern. Diese Bündel von Maßnahmen sollen nicht als Passepartout verstanden werden. Es müssen individuelle Maßnahmen gewählt und auf den jeweiligen Kontext zugeschnitten werden. Vor dem Hintergrund der zahlreich zur Verfügung stehenden Werkzeuge können sich Unternehmen allerdings nicht mehr auf ihre vermeintliche Machtlosigkeit berufen. Wenn Unternehmen sich nicht den Vorwurf gefallen lassen wollen, eine letztlich zynische Nachhaltigkeits- und Verantwortungsrhetorik zu betreiben, müssen sie jetzt zeigen, welche der verfügbaren Maßnahmen sie wählen, um Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen. Der vergangene Woche in Saudi-Arabien veranstaltete Wirtschaftsgipfel wäre ein guter Anlass dafür gewesen. Hier in Menschenrechtsfragen zu punkten, sollte für Unternehmen vor allem aus moralischen Gründen ein Anliegen sein. Darüber hinaus gibt es handfeste betriebswirtschaftliche Gründe, sich für Menschenrechte zu engagieren. Wer möchte schon gerne in ein Unternehmen investieren oder dort motiviert arbeiten, wenn sich dieses zum Komplizen mit Menschenrechtsverletzungen macht? <